

Christian Hörnlein

Abgrenzungsdebatten und politische Bekehrungen

**Die Sozialdemokratie
zwischen Politik und Religion im
Wilhelminischen Kaiserreich**



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet
diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8012-4259-6

ISSN 0941-7621

© 2018 by

Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH
Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn

Reihengestaltung: Just in Print, Bonn · Kempken DTP-Service, Marburg

Umschlagfoto:

»Das Evangelium der armen Leute« von Jens Birkholm (1869–1915), Ölgemälde, Berlin 1900

Umschlag: Kempken DTP-Service | Satztechnik · Druckvorstufe · Mediengestaltung, Marburg

Satz: Kempken DTP-Service | Satztechnik · Druckvorstufe · Mediengestaltung, Marburg

Druck und Verarbeitung: CPI books, Leck

Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany 2018

Besuchen Sie uns im Internet: www.dietz-verlag.de

Inhalt

Vorwort	11
I Einleitung	13
1 Von der Zwiespältigkeit der Zeit zu der der Forschung: Die politische Kultur des Wilhelminischen Kaiserreichs in der Kontroverse	18
2 Zu Fragestellung und methodischem Ansatz der Untersuchung	22
3 Vertiefung des methodischen Ansatzes: Das Konzept politischer Konversion	28
4 Eintritt in die Sozialdemokratie – Forschungslage und Literaturübersicht	43
5 Zu Quellenauswahl und Gliederung	49
II Von religiösen zu politischen »Bekehrungen« – Begriffsgeschichtliche Beobachtungen	57
1 Der Ausdruck »Politische Bekehrung« – Methodische Vorüberlegungen	64
2 Zur Säkularisierung christlichen Bekehrungsvokabulars in politischen Kontexten	70
3 Die Pluralisierung von Exklusivitätsansprüchen als neue politische Grunderfahrung und ihr Niederschlag in der Definition von »Abfall«	78
4 Über die Freiheit des Irrtums. Zur Bewertung von »Abfall« im Liberalismus	82
5 Politische Theologie statt Säkularisierung – Zur konservativen Weigerung, »Bekehrung« in politischen Kontexten zu gebrauchen	87
6 Über den Zusammenhang von religiöser und politischer Bekehrung im Konservatismus	92

7	Zusammenfassung der bisherigen Ergebnisse	98
8	Treue und Wandlung I: Überzeugungstreue versus Parteitreue	101
9	Treue und Wandlung II: Das Außergewöhnliche der Treue bei Georg Simmel	108
10	Begriffsgeschichtlicher Ausblick: Über das Kaiserreich ins 20. Jahrhundert	111

III Dichotomien, Diffamierungen und Damaskus-Erlebnisse – Abgrenzungen und Übergänge zur Sozialdemokratie im Wilhelminischen Kaiserreich 119

1	Bekehrung zur Sozialdemokratie. Die Diskussion über »bürgerliche Mitläufer« auf dem Dresdner Parteitag der SPD 1903 und ihre Nachwirkungen	121
1.1	Verbürgerlichung der Sozialdemokratie? – Die Reichstagswahl von 1903 und ihre Interpretationen	124
1.2	Die Auseinandersetzungen über die »Mitarbeit an der bürgerlichen Presse« und ihr Anlass	132
1.3	Das »Chamäleon« oder der »Bekehrte« – Zur umkämpften Biografie Franz Mehrings auf dem Parteitag	136
1.4	Bekehrung zur Sozialdemokratie	142
1.5	»Sankt Bebel« und die Sünder	144
1.6	Parallelen zur katholischen Kirche	147
1.7	Zusammenfassung: Entwicklungstendenzen zu einem sozialdemokratischen Konversionstypus	152
1.8	Nachwirkungen der Dresdner Abgrenzungstendenzen	154
1.9	Die gespaltene Partei. Zur Wahrnehmung der Sozialdemokratie in den letzten Friedensjahren des Kaiserreichs	160
2	Übergangsdarstellungen in sozialdemokratischen Autobiografien. Einzeluntersuchungen und Typologie	166
2.1	Ferdinand Fricke: Schwarz oder Roth? Sozialdemokratisches Bekenntniß eines ehemaligen Ultramontanen (1894)	166
2.2	Adelheid Popp: Die Jugendgeschichte einer Arbeiterin (zuerst 1909)	174
2.3	Wilhelm Bloss: Denkwürdigkeiten eines Sozialdemokraten (1914)	182
2.4	Der sozialdemokratische Konversionsbericht als Abschluss von Kindheits- und Jugenderinnerungen: Autobiografische Darstellungen von Heinrich Georg Dikreiter (1914), Alwin Gerisch (1918), Nikolaus Osterroth (1920) und Wenzel Holek (1909)	189
2.5	Gegenbeispiele und abweichende Fälle: Autobiografien von William Bromme (1905), August Bebel (1910), Johann Most (1903), Lily Braun (1909/1911) und Otto Krille (1914)	201
2.6	Zusammenfassung: Eine Typologie des sozialdemokratischen Konversionsberichts	222

3	Die Sozialdemokratie als Religion?	
	Was sozialdemokratische Autobiografien über das Verhältnis	
	zur Religion aussagen	232
3.1	Funktionalistische Religionsbegriffe	237
3.2	Religiöse Züge in den sozialdemokratischen Autobiografien	242
3.3	Deutungsangebote für die Übernahme des »religiösen«	
	Schemas Konversionsbericht in sozialdemokratische Autobiografien	249
3.4	Verschiedene Sozialismuskonzeptionen als »Parteivorteil«	252

IV Vom schwarzen Talar zur roten Fahne:

	Theologen als »Genossen«	259
1	Kreisbewegungen – Der Naumann-Kreis	
	im Wilhelminischen Kaiserreich	262
1.1	Bewegtheit durch Charisma	264
1.2	Der Naumann-Kreis als charismatischer Herrschaftsverband	268
1.3	Naumanns »liberales Charisma«	275
1.4	Über Naumann als Demagoge, sein Pfadfindercharisma und	
	die Revolutionierung der Gesinnung durch Charisma	278
1.5	Kreisbewegungen I: Von den »jüngeren« Christlich-Sozialen	
	zum Nationalsozialen Verein	283
1.6	Kreisbewegungen II: Vom Nationalsozialen Verein	
	zur Freisinnigen Vereinigung	294
2	»Wie ein Pfarrer Sozialdemokrat wurde«. Paul Göhres	
	»Übertritt« zur Sozialdemokratie	297
2.1	Göhres Trennungserklärung vom NSV (1899)	300
2.2	Elemente autobiografischer Rekonstruktion im Trennungsartikel:	
	Göhres Zeit als Pfarrer in Frankfurt (Oder) 1894 bis 1897	310
2.3	Elemente autobiografischer Rekonstruktion im Trennungsartikel:	
	Göhres Zeit im NSV	322
2.4	Göhres Austritt als Politikum: Die Zeit zwischen NSV-Austritt	
	und SPD-Eintritt	329
2.5	Göhres Eintritt in die SPD und dessen publizistische Rechtfertigung	343
2.6	»Wie ein Pfarrer Sozialdemokrat wurde« – Die Chemnitzer Rede	
	und ihre Textfassungen	347
2.7	Kontinuität statt Konversion – Reflexionen über Göhres	
	Gestaltung seiner Rede	356
2.8	Göhre wird zum »Fall« – Die Reaktion der Kirche auf den	
	sozialdemokratischen Pfarrer	361
2.9	Göhre bleibt ein »Fall« – Reaktionen in der SPD	
	auf den religiösen Genossen	366
2.10	Göhre auf dem Parteitag in Dresden 1903	374
2.11	Göhres »religiöser Revisionismus«	382
2.12	Göhres weitere Entwicklung	387

3	Max Maurenbrecher: sozialreformerischer Theologe, atheistischer Sozialdemokrat, völkischer Pfarrer. Ein Vergleich mit Paul Göhres Entwicklung	390
3.1	Maurenbrecher klopft an: Die Ankündigung seines Eintritts in die Sozialdemokratie	392
3.2	Maurenbrechers Übertrittserklärung und die Reaktionen darauf	398
3.3	Anschluss mit Irritationspotenzial: Maurenbrecher schreibt für Kautskys Neue Zeit	406
3.4	Inkubationszeit mit revisionistischem Ausgang: Kautsky contra Maurenbrecher	411
3.5	Außenpolitik, Entfremdung und Parteiaustritt	418
3.6	Einschätzungen von Maurenbrechers Übergang zur Sozialdemokratie und seiner revisionistischen Entwicklung	421
3.7	Maurenbrechers religiöse Entwicklung	424
3.8	Religiöse Konversion und völkische Politik – Zum Verhältnis von Politik und Religion nach Maurenbrechers Wiedereintritt in die Kirche 1917	432
3.9	Fazit	436

V	Zusammenschau und Ausblick: Die Sozialdemokratie zwischen Politik und Religion und die politische Kultur des Wilhelminischen Kaiserreichs	439
1	Die politische Bekehrung der »bürgerlichen Mitläufer«	443
2	Sozialdemokratische Autobiografen und ihre Wandlungsdarstellung	447
3	Die Verkirchlichung der Sozialdemokratie	452
4	Zum Ort der Sozialdemokratie in der religiösen Kultur des Wilhelminischen Kaiserreichs	454
5	Zum Verhältnis von Politik und Religion	459
6	Methodisches Fazit	460
7	Die »kreisende Übergangszeit« und die Milieuaufbruchsversuche des »Apostaten« Maximilian Harden. Zu den Entwicklungschancen der politischen Kultur in Wilhelminischer Zeit	464
8	Die Rolle des Ersten Weltkriegs und die »Neue Sachlichkeit« der Weimarer Zeit	469
9	Schlussbetrachtung: »Das Evangelium der armen Leute« von Jens Birkholm (Ölgemälde, Berlin 1900)	474

Anhang

Abkürzungs-, Quellen- und Literaturverzeichnis	478
1 Abkürzungen	478
2 Quellen und vor 1945 erschienene Literatur	478
2.1 Archivalien	478
2.2 Periodika	479
2.3 Protokolle, parlamentarische Handbücher, Schulschriften	479
2.4 Lexika, Hand- und Wörterbücher, Sammelbände (einzelne Artikel werden nur in den Fällen angegeben, wo sie namentlich gekennzeichnet sind)	480
2.5 Autobiografische Schriften und Erinnerungen	482
2.6 Weitere gedruckte Quellen und zuerst vor 1945 erschienene Literatur	483
3 Sekundärliteratur ab 1945	488
Personenregister	501
Über den Autor	507



Vorwort

Die vorliegende Untersuchung ist die leicht überarbeitete und ergänzte Fassung meiner Dissertationsschrift, mit der ich am 11. Juli 2016 von der Kulturwissenschaftlichen Fakultät der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) promoviert wurde. Meinem Betreuer Gangolf Hübinger danke ich sehr herzlich für seine Geduld, die wiederholte Gelegenheit, mein Projekt im Kulturgeschichtlichen Kolloquium zu diskutieren und für viele wertvolle Gespräche und Hinweise. Auch Klaus Weber hat als Zweitgutachter immer ein offenes Ohr für mich gehabt, sogar dann, wenn ihm ob all der anderen Verpflichtungen kurzzeitig entfallen war, dass er die Arbeit mitbetreut – dafür mein besonderer Dank.

Für ihre zähe Beharrlichkeit, mehr oder weniger fertige Kapitel trotzdem fertig zu lesen, für ihre Offenheit, sie schonungslos zu kritisieren, und für ihre Hilfe, sie durch konstruktive Verbesserungsvorschläge fertig zu stellen, danke ich unserem kleinen Lesezirkel mit großem Wirkungsgrad auf das Herzlichste, namentlich: Michał Czapara, Franziska Müller, Jan Musekamp, Jan Radler, Andreas Röhr und Jutta Wimmeler – danke! Auch Gunnar Rüthemann danke ich herzlich dafür, dass er ein Kapitel kritisch unter die Lupe genommen hat.

Für die Einladung, an ihrem Panel zu *Secular Conversions* auf der Konferenz der ACLA in Vancouver teilzunehmen und zu meinem Projekt vorzutragen, danke ich Tracie M. Matysik, Todd Weir und insbesondere Matthias Rothe, dem DAAD für das Konferenzreisestipendium, das mir die Teilnahme erst ermöglichte. Todd Weir hat zudem bei meinem kurzen Lehraufenthalt an der Queen's University in Belfast dafür gesorgt, dass ich zu meinem Thema vortragen konnte – für die Einladung und die fruchtbare Diskussion gilt ihm mein herzlicher Dank. Ebenso danke ich Michael Zozmann und dem Arbeitskreis Historische Semantik an der Universität Bielefeld für eine Einladung zum Vortrag und die anschließende Diskussion.

Im Sommersemester 2012 habe ich an der Viadrina ein Praxisseminar zu Paul Göhre und Frankfurt (Oder) veranstaltet, das in die Archivrecherche eingeführt hat. Für diese »staubige« Materie haben sich zwar nicht viele begeistert, die dafür aber umso mehr: Lena Drummer, Sebastian Frese, Karsten Knospe und Nicolina Münch. Unsere Archivrecherche haben wir in einem öffentlichen Vortrag gemeinsam präsentiert. Ich danke den Genannten sehr herzlich für ihr großes Engagement, ihre Beiträge und die Diskussion, die für die Abschnitte zu Göhres Zeit in der Oderstadt sehr hilfreich waren.

Den Herausgebern Anja Kruke und Meik Woyke von der Friedrich-Ebert-Stiftung danke ich herzlich für die Aufnahme in ihre Reihe Politik- und Gesellschaftsgeschichte, Frau Kruke zudem für hilfreiche inhaltliche und formale Hinweise. Alexander Behrens gilt mein großer Dank für die freundliche Aufnahme in den Verlag J. H. W. Dietz Nachf.

Für Ihre große Unterstützung gilt mein größter Dank den geduldigsten und gütigsten Menschen, die ich kenne, meinen Eltern Ursula und Peter Hörnlein. Ihnen ist dieses Buch gewidmet.

Frankfurt (Oder), 13. Januar 2018

Christian Hörnlein

I Einleitung

»[W]ir [leben] nicht nur thatsächlich in einem Übergangszeitalter, sondern – und das ist der tiefere Sinn von ›Fin de siècle‹ – wir fühlen uns auch als Menschen des Übergangs. Übergangszeit aber ist böse Zeit, vor allem weil in ihr unsere Gedanken und Gefühle auf allen Punkten zwiespältig geworden sind. Zwiespältig gegenüber Staat und Politik: auf der einen Seite eine Anspannung des nationalen Gedankens, der sich oft sogar wie Chauvinismus ausnimmt und es vielfach auch ist, und auf der anderen Seite ein Wiederaufleben humanitärer und ein Erstarren sozialer Bestrebungen, die vielen in jeder Form als anti- und international verdächtig sind; ein Heroenkultus hier, der da, wo der Heros fehlt, zum Byzantinismus wird, und eine Demokratisierung der Gesellschaft dort, die auch die alten unhistorischen Gedanken von absoluter menschlicher Gleichheit wieder aufleben lässt. Zwiespältig sind wir weiter gegen Kirche und Religion: ein neuerwachendes Interesse für religiöse Dinge macht sich spürbar, und daneben immer noch das alte Sichabkehren von allem Kirchentum und Christentum. Zwiespältig in Sitte und Sittlichkeit: der sociale Geist, der von allen die gleiche Hingabe an das Wohl des Ganzen verlangt, erobert mehr und mehr Herzen und Köpfe, und daneben findet die Nietzsche'sche Individualitätslehre, die das schrankenlose Recht des Sichauslebens für die geniale Persönlichkeit in Anspruch nimmt und zu dem Zweck alle sittlichen Werte umwerten möchte, begeisterte Anhänger. [...] Und zwiespältig endlich gegen die Grundlagen unserer Gesellschaft überhaupt: ein Festhalten und Sichanklammern an das Bestehende, als wäre es durchweg ein Vernünftiges und bleibend Wertvolles, und auf der anderen Seite ein Anstürmen gegen dieses Bestehende, als wäre es bereits von allen guten Geistern der Vernunft und der Sittlichkeit verlassen und könnte nicht eilig genug bis zum letzten Baustein abgetragen und in Trümmer geschlagen werden, dem historischen Sinn des Jahrhunderts tritt ein revolutionärer Sturm und Drang gegenüber.«¹

So beschreibt 1899 der Philosoph Theobald Ziegler in seiner Analyse des 19. Jahrhunderts abschließend seine Gegenwart: als eine zwischen gegensätzlichen Polen gespannte Krisensituation, die nach einer Lösung der Spannung durch

1 Theobald Ziegler, Die geistigen und socialen Strömungen des Neunzehnten Jahrhunderts [= Das Neunzehnte Jahrhundert in Deutschlands Entwicklung, Bd. 1], Berlin 1899, S. 523 f., vgl. auch ebd., S. 684.

einen Übergang verlangt.² Dieser Übergang hat für Ziegler bereits begonnen, aber es war für ihn an der Wende zum 20. Jahrhundert noch völlig offen, in welche Richtung und in welcher Weise er erfolgen würde.³ Ähnliche Selbstbeschreibungen einer zwischen Parteiungen aufgespaltenen Gesellschaft finden sich in Wilhelminischer Zeit häufig.⁴ In dieser Beschreibung kann tatsächlich ein die konstatierten Gegensätze übergreifendes Muster der Selbstdeutung der wilhelminischen Gesellschaft gesehen werden.⁵

Entsprechend finden sich zeitgenössisch Appellationen an den Gemeinsinn oder die Vernunft, vor allem jedoch an den Patriotismus und Nationalgeist. Wie abseits solcher allgemeinen moralischen Appelle der »Übergang« beziehungsweise die Überwindung dieser »zwiespältigen« Gesellschaft aber konkret geleistet werden konnte und sollte, war selbst wiederum hoch umstritten. Eine zentrale Frage war dabei, wie man zu politischen Parteien als Vertretungen gegensätzlicher Interessen und Vorstellungen stand. Auch hierzu finden sich zeitgenössisch ganz unterschiedliche und zum Teil entgegengesetzte Vorstellungen. Gustav Maier etwa betonte im liberalen Geist die Pluralität des Parteiensystems:

»Die Partei ist eine feste und dauernde Vereinigung vieler gleichgesinnter, nach gleichen Zielen strebender Menschen zu gemeinsamen Zwecken unter gemeinsamen Grundsätzen. [...] Nach ihrem ganzen Wesen muß die Partei ihr eigenes Ziel für das einzig richtige halten; aber mit dem Worte Partei verbinden wir, wie schon sein Ursprung zeigt, den Begriff des Teilweisen, Einseitigen, so daß wir uns kaum auf irgendeinem Gebiete einen Zustand vorstellen können, in dem nur eine einzige Partei Geltung hätte. Wo dies vorübergehend der Fall ist, da pflegt sich bald wieder

2 Vgl. dazu auch Dieter Langewiesche, Politikstile im Kaiserreich. Zum Wandel von Politik und Öffentlichkeit im Zeitalter des »politischen Massenmarktes«, in: Lothar Gall (Hg.), Regierung, Parlament und Öffentlichkeit im Zeitalter Bismarcks. Politikstile im Wandel, Paderborn u. a. 2003, S. 1-21, hier S. 3-6.

3 Siehe zu zeitgenössischen Übergangsvorstellungen auch die teilweise methodisch fragwürdige und ganz der mittlerweile überwundenen einseitig negativen Bewertung des Kaiserreichs zugehörige Studie von Martin Doerry, Übergangsmenschen. Die Mentalität der Wilhelminer und die Krise des Kaiserreichs, Weinheim/München 1986. Problematisch ist, dass er den Zeitgenossen gerade eine einheitliche Mentalität nachzuweisen sucht, vgl. Ulrich Linse, Rez. Doerry, Übergangsmenschen, in: Archiv für Sozialgeschichte [AfS] 29 (1989), S. 746-748.

4 Auf das Parteiensystem bezogen findet sich eine entsprechende Charakterisierung etwa bei Wilhelm von Blume, Bedeutung und Aufgaben der Parlamente. Parteibildung, in: Paul Laband u. a. (Hg.), Handbuch der Politik, Bd. 1: Die Grundlagen der Politik, Leipzig 1912, S. 365-377, hier: S. 375.

5 Belege dafür liefert Rüdiger vom Bruch, Das wilhelminische Kaiserreich: eine Zeit der Krise und des Umbruchs, in: Michel Grunewald/Uwe Puschner (Hg.), Krisenwahrnehmungen in Deutschland um 1900. – Zeitschriften als Foren der Umbruchszeit im Wilhelminischen Reich, Bern u. a. 2010, S. 9-23.

die Zersplitterung der Meinungen einzustellen. So setzt der Begriff der Partei auch die Vielheit, mindestens die Zweiheit voraus.«⁶

Wo nur eine Partei das Sagen hat, gibt es keinen dauerhaft stabilen Zustand, woraus sich der Wert der Pluralität und die Wertschätzung für andere Parteien ergibt. Da Maier nicht für ein wissenschaftliches Handbuch schrieb, sondern für einen *Führer ins Leben*, der »als staatsbürgerliche Erziehung unserer Jugend« gedacht war⁷, folgt der praktische Ratschlag:

»Der höher Denkende und Strebende wird aber nicht dabei stehen bleiben, sich gedanken- und willenlos einer Parteirichtung hinzugeben; er wird vielmehr darnach trachten, auch die entgegengesetzten Meinungen kennen zu lernen, an ihnen ständig die Richtigkeit und Beständigkeit der eigenen Parteigrundsätze zu prüfen, und er wird auf Grund dessen in dem ihm zustehenden Maße auf die Haltung der eigenen Partei zurückwirken. Er wird sich auch im Parteileben die Unbefangenheit zu wahren suchen, wird lernen, die Person von der Sache zu trennen und nicht – wie es leider im Parteigetriebe üblich ist – von vornherein jeden Parteigegner für einen schlechten oder unverständigen Menschen oder minderwertigen Menschen halten. Er wird trachten, die Parteistellung der anderen aus ihrem Wesen und Werden zu begreifen und zu würdigen, und er wird damit an seinem Teile dazu beitragen, jene unselige Zersplitterung der Parteien, jene zähe und kleinliche Einseitigkeit, jene Gehässigkeit des Parteitreibens und der Parteipresse zu mildern, die das politische Leben vergiften und vielen besser Denkenden oft unleidlich machen, die das gemeinsame Vaterlandgefühl beleidigen und die politische Entwicklung hemmen.«⁸

Dem Istzustand der »Zersplitterung« (oder des »Zwiespalts«, wie es bei Ziegler heißt) durch die Herabminderung des Gegners wird Sachlichkeit entgegengesetzt, die eigene Überzeugungen hinterfragt und Andersdenkende respektiert. Maier setzt auf die Diskussion verschiedener Standpunkte, durch die Irrtümer und Vorurteile aufgeklärt und

6 Gustav Maier, Staatsbürgerliche Bestrebungen, in: Schaffen und Schauen. Ein Führer ins Leben, Bd. 1: Von deutscher Art und Arbeit, Leipzig/Berlin ²1911, S. 329-380, hier S. 330. Maier war zunächst Bankier, dann Bankfachmann und Schriftsteller. In Zürich war er Herausgeber einer Zeitschrift, die zum Vereinsnetzwerk der *Ethischen Kultur* gehörte. Siehe zu Maier Art. Gustav Maier, in: Edi Goetschel, Fidus-Projekt. Fidus und die Schweiz (abgerufen am 23.11.2015 unter: <http://fidus-projekt.ch/personen/gustav-maier>); zur Zeitschrift und Aktivität Maiers in der Ethischen Bewegung siehe P. Gregor Koch, Die ethische Bewegung, in: Schweizerische Rundschau 3 (1902/1903), S. 127-140, die S. 128 f. und S. 139. Zur *Ethischen Kultur* siehe unten, S. 214 u. Fn. 388 (⇨ S. 214).

7 Alfred Giesecke-Teubner, Schaffen und Schauen, in: Schaffen, ²1911, S. III-VII, hier: S. VI.

8 Maier, Bestrebungen, in: Schaffen, ²1911, S. 329-380, hier: S. 343 f.

Interessengegensätze ausgeglichen werden, woraus sich letztlich das Wohlergehen des Ganzen ergibt.⁹

Andere Lösungsansätze betonten dagegen die Rolle einer starken überparteilichen Regierung.¹⁰ Die Notwendigkeit eines solchen Dualismus von Regierung einerseits und Parlament mit Parteien andererseits wurde immer wieder mit dem spezifisch deutschen Fall eines fragmentierten Mehrparteiensystems begründet.¹¹ Selbst vielen Liberalen galt das englische Zweiparteiensystem zwar als Ideal, das aber für Deutschland als unverhältnismäßig oder schwer realisierbar angesehen wurde.¹² Es wurde den Parteien damit nicht zugetraut, untereinander zu einem Interessenausgleich zu gelangen. Stattdessen wurde ein unabhängiger Entscheider »über« den Parteien für notwendig erachtet.

Die Verfassung des Deutschen Reichs entsprach weitgehend einer derartigen dualistischen Vorstellung. Tatsächlich zeigte sich bei staatlichen Regulierungen des Parteiensystems, wie problematisch die postulierte Unabhängigkeit der Regierung war. So hatte es in den 1870er-Jahren den von den Liberalen unterstützten Kulturkampf der Regierung gegen den politischen Katholizismus gegeben, der indirekt in den freien Wettbewerb der Parteien eingriff. Ein direkter Eingriff waren die von 1878 bis 1890 bestehenden Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokratische Partei. Hier wurde der Ausgrenzungsversuch gegen die parteiliche Vertretung der Arbeiterschaft zugleich von Integrationsbemühungen um die Arbeiterschaft selbst flankiert: Reichskanzler Otto von Bismarcks Strategie von »Zuckerbrot und Peitsche«. In beiden Fällen der Ausgrenzung sogenannter Reichsfeinde versuchte die Regierung, indirekt oder direkt Einfluss auf das Parteiensystem selbst zu nehmen und so die Integration der Gesellschaft von oben her zu befördern. Tatsächlich erreichte sie in beiden Fällen das Gegenteil: eine verstärkte gesellschaftliche Segregation von Teilen der Katholiken

-
- 9 Dahinter steht Jean-Jacques Rousseaus Konzeption des Gemeinwillens (*Volonté générale*). Gleichen sich dort die Differenzen bei der Beschlussfassung aus, sofern zuvor »zwischen den Staatsbürgern keinerlei Kommunikation« bestand, so verkehrte sich der Gedanke in späteren liberalen Konzeptionen: Die öffentliche Diskussion erst schafft Einsicht und Ausgleich. Siehe Jean-Jacques Rousseau, *Vom Gesellschaftsvertrag* [1762], in: ders., *Kulturkritische und politische Schriften* in zwei Bänden, hg. v. M. Fontius, Bd. 1, Berlin 1989, S. 382-505, zum Gemeinwillen: S. 403 f.; Zitat S. 403. Eine informative, allerdings polemische Zusammenfassung zur liberalen Idee der *government by discussion* bietet Carl Schmitts Kritik am Liberalismus: Carl Schmitt, *Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus* [1923], Berlin⁸ 1996, S. 5-13, S. 43-50.
- 10 Siehe zu diesen Vorstellungen im gedanklichen Anschluss an den Philosophen Karl Rosenkranz: Klaus von Beyme, *Partei, Faktion*, in: GG, Bd. 4, 1978, S. 677-733, hier: S. 702-733.
- 11 Siehe dazu etwa die einflussreiche Auffassung des Historikers und Politikers Heinrich von Treitschke, *Parteien und Fraktionen*, in: ders., *Aufsätze, Reden, Briefe*, Bd. 3: *Schriften und Reden zur Zeitgeschichte I*, hg. v. Karl Martin Schiller, Meersburg 1929, S. 611-665.
- 12 Als »vorbildlich«, aber nicht »untadelhaftes Vorbild« stellt Maier es dar, vgl. Gustav Maier, *Der Staat*, in: Schaffens, 1911, S. 183-202, hier: S. 188-190, Zitate S. 188, 190. Vgl. dagegen Treitschkes Zurückweisung des englischen Systems, Treitschke, *Parteien*, in: ders., *Aufsätze*, Bd. 3, 1929, S. 611-665, hier: S. 633 ff.

und der Arbeiterschaft und ihre parteiliche Integration in die Zentrumsparlei beziehungsweise die Sozialdemokratie. Dass die Sozialistengesetze nicht weiter verlängert wurden, hatte denn auch weniger mit einem grundsätzlichen Überzeugungswandel als mit der Einsicht in das Scheitern dieser Strategie zu tun.¹³

So ging die parlamentarische Mehrheit für Ausnahme Gesetze nach 1890 zwar verloren, aber es gab noch immer eine starke Minderheit, die entsprechende Pläne, wie sie sich vor allem mit der »Umsturzvorlage« 1894/95 oder der »Zuchthausvorlage« von 1899 zeigten, unterstützte.¹⁴ Eine kleine Minderheit dachte gar daran, staatsstreichartig das allgemeine und gleiche Reichstagswahlrecht für Männer zurückzunehmen und durch ein ständisches zu ersetzen. Und im Königreich Sachsen wurde 1896 tatsächlich das bis dahin herrschende relativ gleiche Männerwahlrecht durch ein Klassenwahlrecht ersetzt, um die im industrialisierten Sachsen starke Sozialdemokratie zu schwächen.¹⁵

Die Ausnahme Gesetze gegen die Sozialdemokratie wurden mit deren staatsgefährdender Aktivität begründet. Tatsächlich enthielt deren Programm die Vorstellung, nach der das bestehende kapitalistische System durch ein sozialistisches ersetzt würde. Allerdings war diese Vorstellung bei weiten Teilen der Sozialdemokratie mit einem »revolutionären Attentismus« verbunden, also der Erwartung, dass das kapitalistische System selbst in immer neuen Krisen schließlich eine Revolution hervorbringen werde, ohne dass darauf aktiv hinarbeiten wäre.¹⁶ Die Strategie der Sozialdemokratie war daher keine revolutionäre, sondern eine Doppelstrategie, die einesteils das kapitalistische System von feudalen Resten befreien und so die Entwicklung zu Revolution und Sozialismus beschleunigen wollte, anderenteils die Arbeiterschaft auch durch Verbesserungen ihrer Lage gewinnen und organisieren wollte, um für die Revolution gut aufgestellt zu sein.¹⁷ Für die Frage nach dem politischen System bedeutete dies, dass sich die Sozialdemokratische Partei für die Demokratisierung und gegen die Benachteiligung irgendeiner Partei (etwa der Zentrumsparlei) einsetzte und liberalen Parteien darin viel näher stand als konservativen, zugleich aber grundsätzlich alle »bürgerlichen« Parteien als Feind betrachtete, die in der zukünftigen Entwicklung

13 Vgl. Thomas Nipperdey, *Deutsche Geschichte 1866–1918*, Bd. 2: *Machtstaat vor der Demokratie*, broschiierte Sonderausgabe, München 1998, S. 712.

14 Siehe hierzu und zum Folgenden ebd., S. 713–715; Gerhard A. Ritter, *Die sozialdemokratische Arbeiterbewegung Deutschlands bis zum Ersten Weltkrieg*, in: ders., *Arbeiterbewegung, Parteien und Parlamentarismus. Aufsätze zur deutschen Sozial- und Verfassungsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts*, Göttingen 1976, S. 21–54, hier: S. 31 f.

15 Erst 1909 wurde das Wahlrecht erneut reformiert, siehe zu den Wahlrechtsänderungen Gerhard A. Ritter, *Wahlen und Wahlpolitik im Königreich Sachsen 1867–1914*, in: Simone Lässig/Karl Heinrich Pohl (Hg.), *Sachsen im Kaiserreich. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im Umbruch*, Weimar/Köln/Wien 1997, S. 29–86, hier: S. 54–78.

16 Siehe dazu Dieter Groh, *Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges*, Berlin 1973, insbesondere S. 57–63.

17 Vgl. Ritter, *Arbeiterbewegung*, in: ders., *Arbeiterbewegung*, 1976, S. 32 f.

untergehen würden. Zwar ist fraglich, ob die Sozialdemokratie nicht de facto zur Integration der Arbeiterschaft in das Kaiserreich beitrug und inwieweit das tatsächliche Selbstverständnis der offiziellen Selbstdeutung und -darstellung entsprach, offiziell handelte es sich bei der Sozialdemokratie jedenfalls um einen Gegner des politischen und ökonomischen Systems.¹⁸

Die Zwiespältigkeit der Zeit zeigte sich also auch und gerade bei den Ansätzen, wie sie zu überwinden sei: Neben liberalen Vorstellungen eines Ausgleichs zwischen den Gesellschaftsteilen selbst stand einerseits die sozialistische Vorstellung einer Lösung von einem einzelnen Teil her – der Arbeiterbewegung –, aus der dialektisch ein neues Gesellschaftsganzes hervorgehen würde und andererseits autoritäre Ansätze staatlicher Behinderung oder Verfolgung der Sozialdemokratie, die so eine Einheit von oben herstellen wollten.

1 Von der Zwiespältigkeit der Zeit zu der der Forschung: Die politische Kultur des Wilhelminischen Kaiserreichs in der Kontroverse

In einem gewissen Sinn lässt sich sagen, dass sich die Zwiespältigkeit der Zeit auf ihre Erforschung übertragen hat: Wie es um die Entwicklungsmöglichkeiten des politischen Systems und, weiter gefasst, der politischen Kultur bestellt war, ob das Wilhelminische Kaiserreich im Begriff dazu stand, zu einem parlamentarischen System überzugehen, oder ob es im Gegenteil nicht reformierbar war und als Brutkasten totalitärer Ansätze wirkte, war lange heiß umstritten. Das lag zum einen daran, dass die Zäsuren von Erstem Weltkrieg und der Revolution von 1918/19 es schwer machen, die system- und strukturbedingten Entwicklungsanteile und -potenziale isoliert zu beurteilen. Zum anderen wurde die Frage nach den Entwicklungsmöglichkeiten des Kaiserreichs nach 1945 in Zusammenhang mit der Fragestellung nach den Aufstiegsbedingungen für den Nationalsozialismus gebracht. Seit den 1990er-Jahren sind die gegensätzlichen Positionen zwar dichter aneinandergerückt und die Kontroverse hat viel von ihrer Schärfe verloren, von einer einheitlichen Beurteilung des Charakters und der Entwicklungsmöglichkeiten des Kaiserreichs kann allerdings nach wie vor keine Rede sein.¹⁹

18 Vgl. ebd., S. 48-50.

19 Siehe dazu die Forschungsüberblicke von Thomas Kühne, *Das Deutsche Kaiserreich 1871–1918 und seine politische Kultur: Demokratisierung, Segmentierung, Militarisierung*, in: *Neue Politische Literatur [NPL]* 43 (1998), S. 206-263; Matthew Jefferies, *Contesting the German Empire, 1871–1918*, Malden (MA) u. a. 2008; Ewald Frie, *Das deutsche Kaiserreich*, Darmstadt 2013.